

WP-07

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017

GRÜNE HAUSHALTPOLITIK

1 Zukunftsfähige, generationengerechte und transparente Finanzen als Markenzeichen GRÜNER Politik

3 Die Haushalts- und Finanzpolitik bewegt die Bürgerinnen und Bürger mehr denn je: Verschärft durch die weltweite Banken- und Finanzkrise und die sich daraus ergebenden Folgewirkungen, zum Beispiel für die Verschuldung zahlreicher Staaten, steht die Haushalts- und Finanzpolitik im Fokus der öffentlichen Diskussion.

7 Krisen in einer zunehmend vernetzten Welt, wie zuletzt der Brexit oder der Krieg in Syrien gezeigt haben, lösen nicht nur gesellschaftliche Folgewirkungen aus, sondern haben auch einen Einfluss auf die öffentlichen Kassen und die Mittel, welche zur Unterhaltung unseres Gemeinwesens zur Verfügung stehen.

11 Auch die jahrzehntelange schuldenfinanzierte Politik, welche nachfolgende Generationen nicht im Blick hatte, steht für eine nicht nachhaltige Haushaltspolitik. Ohne steigende Steuereinnahmen und anhaltendes Wirtschaftswachstum waren viele öffentliche Ausgaben nicht zu finanzieren. Dabei wissen wir, dass öffentliche Haushalte vor großen Herausforderungen, wie dem demografischen Wandel und aufwachsenden Versorgungskosten, und sich ändernden konjunkturellen Vorzeichen aufgestellt werden müssen. Eine vorsorgende Finanzpolitik muss sich darauf einstellen. Eine nachhaltige Gesellschaft muss neben den ökologischen und sozialen Folgekosten auch die finanziellen reduzieren.

19 Schulden bedeuten stets eine Einschränkung der Handlungsspielräume künftiger politischer Repräsentant*innen bei der Umsetzung ihres demokratischen Auftrages. Nicht zuletzt deshalb ist eine solide und nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik unser Anliegen. Wir machen zukunftsfähige, generationengerechte und transparente Finanzkonzepte zum Markenzeichen GRÜNER Politik.

24 Viel erreicht- GRÜNE Erfolge seit 2010

25 Rot-Grün hat trotz steigender finanzieller Belastungen die Neuverschuldung deutlich redu-
26 ziert, von geplanten 6,58 Milliarden Euro in 2010 auf nur noch 1,8 Milliarden in 2016. Ge-
27 spart wurde bei den Personalausgaben, auf welche rund 40 Prozent des Landeshaushaltes
28 entfallen, bei Förderprogrammen, Landesbetrieben und durch eine effizientere Gestaltung
29 von Verwaltungsstrukturen. Ab 2019 wollen wir Haushaltsüberschüsse erwirtschaften.

30 Durch die GRÜNEN ist Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen moderner geworden. Auch
31 in Zukunft wollen wir an Erfolge, wie etwa die Herausgabe einer Nachhaltigkeitsanleihe
32 des Landes, anknüpfen und sie weiter ausbauen. Landesinvestitionen in klimaschädliche
33 Projekte und ethisch zweifelhafte Unternehmungen müssen der Vergangenheit angehören.
34 So werden die Mittel des Pensionsfonds des Landes künftig nur noch nach ökologisch- und
35 sozialverträglichen Standards angelegt.

36 Gleichzeitig haben wir in großem Umfang in die Sanierung und Modernisierung von Schu-
37 len, Hochschulen, Krankenhäusern und Verkehrsinfrastruktur investiert. Unsere Anstren-
38 gungen werden wir künftig noch weiter steigern, um die Leistungsfähigkeit unseres Bil-
39 dungssystems weiter auszubauen. Bereits jetzt ist der Schuletat der größte Etat der Lan-
40 desregierung (Steigerung um 24,5 Prozent seit 2010), seit 2011 wurden trotz sinkender
41 Schüler*innenzahlen 10.400 Lehrer*innenstellen als demografische Rendite im System be-
42 lassen, fast 8.000 Lehrer*innen haben wir zusätzlich eingestellt. Die Mittel für die Offenen
43 Ganztagsgrundschulen haben wir um 25 Prozent gesteigert.

44 Nordrhein-Westfalen hat exzellente und bedeutende Hochschulen, die Menschen aus al-
45 ler Welt zu uns ziehen. Allein 27,3 Prozent aller deutschen Student*innen studieren hier
46 in NRW. Die Zahlen der Hochschulabsolvent*innen steigen. Wir bilden 25 Prozent der
47 deutschen Absolvent*innen aus. Das ist eine herausragende Zahl, ein gutes Signal für die
48 Bildungslandschaft und auch für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-
49 Westfalen. Kein anderes Bundesland gibt in Relation zum Gesamthaushalt so viel für Wis-
50 senschaft und Forschung aus. Der Wissenschaftsetat mit mehr als 8,2 Milliarden Euro ist
51 seit 2010 um 41 Prozent angestiegen. Seit 2011 hat das Land über 1,1 Milliarden an Mit-
52 teln zur Qualitätsverbesserung an Hochschulen gegeben.

53 Auch in die frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf investieren
54 wir: Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2010 haben wir den U3-
55 Bereich kontinuierlich ausgebaut. Mit 168.000 Betreuungsplätzen, die im Kindergartenjahr
56 2016/2017 landesweit zur Verfügung stehen werden, versorgen wir 37,1 Prozent aller un-
57 ter dreijährigen Kinder; bezogen auf die sogenannten „Rechtsanspruchskinder“ (Ein- und
58 Zweijährige) inzwischen sogar 55,5 Prozent. Das ist ein Plus von rund 90 Prozent seit dem
59 Jahr 2010. Auch bei der Krankenhausfinanzierung handeln wir im Interesse der Kommunen.
60 Die Landesregierung hat seit Regierungsantritt die Investitionsmittel von 490 Millionen
61 auf 515 Millionen jährlich erhöht.

62 Wir erhöhen die innere Sicherheit durch mehr Polizist*innen auf den Straßen. Wir haben
63 kontinuierlich mehr Stellen bei der Polizei geschaffen. Fast 2000 Anwärter*innen im Jahr
64 – ist die höchste Zahl in der Geschichte dieses Bundeslandes. Auch die Ausrüstung unserer
65 Polizei haben wir verbessert. Kein anderes Bundesland hat in den vergangenen Jahren so
66 viel investiert wie Nordrhein-Westfalen.

67 **Schuldenbremse verantwortlich realisieren und in die Zukunft** 68 **investieren**

69 Nachhaltigkeit bedeutet, mit begrenzten Ressourcen verantwortungsvoll umzugehen. Dies
70 gilt auch für die Finanzen: Wir wollen mit unseren finanziellen Ressourcen so sorgsam um-
71 gehen, dass nachfolgende Generationen die Realisierung eigener Gestaltungsvorschläge
72 überhaupt möglich ist.

73 Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ist eine Selbstverpflichtung der politi-
74 schen Entscheider*innen die Neuverschuldung im Sinne kommender Generationen zu be-
75 schränken. Dabei steht für uns aber auch fest, dass Schuldenbremse und Haushaltskonsol-
76 lidierung nicht auf Kosten von sozialen und ökologischen Programmen realisiert werden.
77 Wir wollen deshalb dafür Sorge tragen, dass heute die notwendigen Investitionen in die
78 soziale, ökologische und ökonomische Infrastruktur getätigt werden können, damit die
79 Transformation unserer Wirtschaftsstrukturen und unserer Konsummuster gelingt. Unser
80 Motiv ist klar: Wir werden in verlässlichen und machbaren Schritten weitergehen, bis wir
81 die Einhaltung der Schuldenbremse realisiert haben und gleichzeitig wichtige Zukunfts-
82 investitionen umsetzen.

83 Dafür werden wir neue Kooperations- und Finanzierungsmodelle erproben, zum Beispiel
84 grüne Anleihen, die gegebenenfalls auch vom Land zusammen mit interessierten Kom-
85 munen zur Realisierung von Projekten zum Klimaschutz aufgelegt werden können. Dar-
86 über hinaus werden wir ausreichend vorsorgen, um absehbare Haushaltsrisiken, wie eine
87 schwächelnde Konjunktur oder anwachsende Versorgungskosten zu schmälern. Subven-
88 tionen und Förderungen des Landes werden wir durch einen Landesförderbericht für die
89 Bürger*innen transparent machen.

90 **Nachhaltigkeitsstrategie in den Haushalt integrieren**

91 Wir werden die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie Schritt für Schritt weiter in den Hand-
92 lungshaushalt integrieren, um so die politische Steuerung mit der finanziellen Steuerung
93 zu verbinden. Um die ökologische Transformation und eine Stärkung des sozialen Zusam-
94 menhalts zu unterstützen, werden wir uns für eine verstärkte Besteuerung des Ressourcen-
95 verbrauchs (zum Beispiel in Form einer Stickstoffabgabe) und von Umweltschäden einset-
96 zen. Wir treten deshalb für eine ökologische Finanzreform (ÖFR) ein, die zu einer Aufnahme
97 von bislang weitgehend ausgeblendetem Belastungen der Umwelt und Nutzungen natür-
98 licher Ressourcen in den Marktpreisen führt. Umweltbewusstes Leben darf kein Luxusgut
99 werden.

100 Wir setzen uns auch für einen Abbau umweltschädlicher Subventionen ein. So sollen zum
101 Beispiel in Zukunft die besonders günstigen Steuerregeln für Dienstwagen nur noch für
102 E-Mobile und Hybrid-Fahrzeuge gelten. Wir GRÜNE wollen faire Chancen, Selbstbestim-
103 mung und soziale wie kulturelle Teilhabe. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass diese
104 Aufgaben stärker als bisher durch höhere Steuern auf große Vermögen, Erbschaften und
105 Kapitalerträge finanziert werden.

106 Wir werden uns für die Grundsätze sozial und ökologisch verantwortlichen Investments
107 auf allen Ebenen einsetzen. Investitionen in umweltschädliche Anlagen stehen dabei ent-
108 sprechend internationaler Trends besonders auf dem Prüfstein („Divestment“). Bei seinen
109 eigenen Anlagen müssen das Land NRW und seine Unternehmen mit guten Beispiel vor-
110 angehen, zum Beispiel beim Pensionsfonds des Landes und bei der NRW-Bank. Mit seinen
111 Nachhaltigkeitsanleihen hat das Land eigene nachhaltige Produkte auf den Finanzmärkten
112 etabliert. Das gute Nachhaltigkeitsrating des Landes war dabei sehr hilfreich.

113 **Sparkassen vor Ort stärken**

114 Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sind unverzichtbarer Bestandteil des Finanzstand-
115 ortes NRW. Wir stehen zum öffentlichen Auftrag der Sparkassen, gemeinnützige Zwecke in
116 den Bereichen Kultur, Sport, Soziales, Umwelt und Verbraucherschutz zu unterstützen. In
117 einer Zeit wachsenden Misstrauens in den Finanzsektor stehen die Sparkassen für Nach-
118 haltigkeit, Verlässlichkeit und Stabilität. Wir wollen, dass die erzielten Gewinne noch stär-
119 ker in den Regionen investiert werden, um noch umfassender den Menschen vor Ort zu
120 Gute zu kommen.

121 Nach wie vor stellen die Sparkassen gerade auch im ländlichen Raum das dichteste Fi-
122 lialnetz und sichern die Grundversorgung mit Bargeld. Sie erbringen unverzichtbare fi-
123 nanztechnische Dienstleistungen insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen.
124 Gleichzeitig sind sie starker Partner für den Mittelstand und Firmengründer*innen.

125 Wir GRÜNE haben erfolgreich für die Offenlegung der Vorstandsvergütungen gekämpft.
126 Um das Vertrauen in die Institution und ihre Verantwortlichen zu stärken, setzen wir uns
127 für die Anwendung zeitgemäßer Kriterien und Höchstgrenzen bei der Vergütung und An-
128 wartschaften von Vorständen der Sparkassen und Verbände ein.

129 **Die NRW.Bank – Förderbank für Nordrhein-Westfalen**

130 Wir werden die NRW.Bank als Partnerin für das Fördergeschäft des Landes stärken. Sie ver-
131 fügt über langjährige positive Erfahrungen bei der Absicherung wichtiger Zukunftsaufga-
132 ben wie der Vergabe von Mikrodarlehen, Wagniskapital und der Abwicklung des Förderge-
133 schäfts. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben wollen wir die NRW.Bank nachhaltig stärken.
134 Es soll geprüft werden, ob die Finanzierung zukunftsweisender Projekte in Einzelfällen
135 zeitlich befristet verlängert werden kann, um diese zu stabilisieren.

136 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die NRW.Bank weiterhin zielgenau nachhaltige Pro-
137 jekte des Landes fördert und keine riskanten oder spekulativen Finanzaktivitäten entfaltet.
138 Wir wollen die sie noch stärker als Partnerin der Kommunen ausbauen und bestehende
139 Förderinstrumente noch besser miteinander verzahnen.

140 **Mehr Steuergerechtigkeit**

141 Die Stärkung der Einnahmeverwaltung, ist für uns GRÜNE ein Schritt zu mehr Steuere-
142 gerechtigkeit und mehr Bürgernähe. Darum haben wir die jahrelange Politik der Stellenkür-
143 zungen beendet und zusätzliche Stellen bei der Steuerverwaltung geschaffen. Durch den
144 Ankauf von Steuer-CDs, sowie die konsequente Politik gegen Steuerhinterziehung, haben
145 wir mehr Einnahmen erzielen können. Um an diese erfolgreiche Politik anzuknüpfen, wol-
146 len wir auch zukünftig zusätzliche Stellen bei der Steuerverwaltung und Steuerfahndung
147 schaffen und damit die Steuergerechtigkeit weiter erhöhen. NRW muss Vorreiter im Kampf
148 gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung bleiben.

149 Zu Steuergerechtigkeit gehört es allerdings auch im eigenen Hinterhof aufzuräumen. Da-
150 her möchten wir aufklären, ob und inwiefern Cum-Ex-Geschäfte seinerzeit von der WestLB
151 auch in Nordrhein-Westfalen betrieben worden sind.

152 **Geldwäsche effektiver bekämpfen**

153 Wir wollen die Geldwäschebekämpfung intensivieren. Dazu werden wir das Personal
154 zur Geldwäscheprävention aufstocken und wollen das Katastergesetz für Liegenschaf-
155 ten durch eine Reform transparenter gestalten. Geld aus kriminellen Quellen spielt im
156 deutschen Immobilienmarkt eine große Rolle. Während Immobilienpreise und Mieten in
157 attraktiven Lagen explodieren, sind Immobilien in Deutschland auch für Geld auch aus
158 Steueroasen ein attraktives Anlageziel. Das Liegenschaftskataster sollte daher überall so
159 gestaltet werden, dass die tatsächlichen Eigentümer *innen („Letztbegünstigte“) transpa-
160 rent gemacht werden. Investoren aus Steueroasen sollten umfassend abgefragt werden
161 können. Eine Bargeldobergrenze lehnen wir hingegen ab, sondern schlagen eine verpflich-
162 tende Geldwäscheverdachtsmeldung bei Bargeldzahlungen über 10.000 Euro vor.

163 **Management der Landesverwaltung ökologisieren**

164 Das Land NRW muss bei dem Management der Landesverwaltung mit gutem Vorbild vor-
165 angehen. Das Klimaschutzgesetz gibt das Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung bis
166 2030 vor. Dazu bedarf es in den kommenden Jahren verstärkter Anstrengung bei der Er-
167 höhung der Energieeffizienz landeseigener Gebäude (beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb
168 des Landes NRW/BLB NRW), beim Ausbau von Erneuerbaren Energien auf Landesflächen
169 und -gebäuden sowie bei der Stärkung von Klimaschutzaspekten von dienstlicher Mobili-
170 tät und Veranstaltungen des Landes.

171 **Der Bund muss seiner Finanzverantwortung gerecht werden- un- 172 sere Forderungen auf Bundesebene**

173 Die Finanzpolitik des Bundes hat in den vergangenen Jahren zu einer gesunkenen Einnah-
174 mebasis für Länder und Kommunen geführt. Da die Bundesländer alleine kaum Möglich-
175 keit haben, ihre Einnahmen zu erhöhen, wird die langfristige Einhaltung der Schulden-

176 bremse nur gelingen können, wenn der Bund, deutlich die Einnahmen verbessert, die den
177 Bundesländern zufließen. Wir wollen die Vermögensteuer verfassungskonform wieder ein-
178 führen und die Erbschaftsteuer unter Neuregelung der Verschonungsregeln dauerhaft als
179 Landessteuer stärken, damit auch hohe Vermögen und Erbschaften gerecht besteuert wer-
180 den. Durch die daraus resultierenden Mehreinnahmen sollen sowohl kleine und mittlere
181 Einkommen dauerhaft entlastet werden und gleichzeitig bestehende Investitionsbedarfe
182 gedeckt sowie Innovationen finanziert werden. Bei der Neuausgestaltung dieser Steuern
183 haben wir dabei die Unternehmen – ganz besonders die vielen klein- und mittelständi-
184 schen Betriebe – im Blick, die nicht in ihrer Existenz gefährdet werden dürfen. Arbeits-
185 plätze, die dauerhaft für Produktivität und Steuereinnahmen in NRW sorgen, wollen wir
186 erhalten. Die künftige Ausgestaltung dieser Steuern muss diesem Aspekt zielgenau Rech-
187 nung tragen. Darüber hinaus muss der Bund die Kommunen finanziell entlasten, indem er
188 einen größeren Teil der stetig steigenden Sozialkosten übernimmt, insbesondere die Kos-
189 ten der Unterkunft und der Eingliederungshilfe. Wir GRÜNE werden uns der notwendigen
190 Priorisierung von Aufgaben stellen und unsere Beschlüsse zur Erreichung einer Genera-
191 tionengerechtigkeit umsetzen.

Antragsteller*innen

Landesvorstand